

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Dreibrundstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 2. März 1932

Nummer 18

Wirtschaftspolitische Stümperei

Der von den Unternehmern im Bunde mit der Reichsregierung durchgeführte Lohn- und Gehaltsabbau hat — wie vorausgesehen war — nicht die erwartete Anfurberung der Wirtschaft gebracht. Bis zur Stunde sind nicht die geringsten Anzeichen einer beginnenden Besserung der Wirtschaftslage bemerkbar geworden, und zwar weder innen- noch außenpolitisch. Zeigt doch auch der Export der letzten Monate einen recht erheblichen Rückgang. Das Gegenteil war in Aussicht gestellt worden. Der Lohn- und Gehaltsabbau sollte die deutsche Exportindustrie auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähiger machen. Seit dem Beginn der Notverordnungsperiode, die den Lohn- und Gehaltsabbau einleitete, hat sich jedoch die wirtschaftliche Lage in Deutschland unansprechend weiter verschlechtert. Einen einwandfreien Beweis hierfür haben wir in der Arbeitslosenstatistik. Im Januar 1931 betrug die Zahl der Arbeitslosen rund 5 Millionen. Sie sank in der Folge in keinem Monat unter 4,2 Millionen herab, um am Ende des Jahres auf über 6 Millionen zu steigen. Das ist die höchste Arbeitslosenziffer, die wir bisher hatten. Ein ganz ungeheurer Zustand, der das völlige Versagen der von der Reichsregierung und den Unternehmern erfolgten Wirtschaftspolitik bezeugt und dieses als elende Stümperei erscheinen läßt!

Seit Jahren ist die Arbeitslosigkeit in Deutschland in ständigem Anstieg begriffen. Im Januar 1928 wurden 1,4 Millionen Arbeitslose gezählt. Diese Zahl stieg im gleichen Monat 1929 auf 1,9 Millionen, 1930 auf 3,2 Millionen, 1931 auf 4,9 Millionen, 1932 auf 6,2 Millionen. Gegenüber 1928 hat sich also das Arbeitslosenspektrum um das Vierfache vergrößert, seit 1930 um das Doppelte vermehrt, ohne daß wesentliche Maßnahmen unternommen wurden, die die Arbeitslosigkeit und ihre Ursachen zu bekämpfen. Nicht, daß man das Arbeitslosenproblem völlig unbeachtet gelassen hätte. Was man jedoch unternahm, war aber von vornherein unzulänglich und mußte ohne Erfolg bleiben. Man begnügte sich damit, gewisse Ansätze zur Arbeitsbeschaffung zu machen, daneben wurden einige Tausend Arbeitslose mit Volkswirtschaftsarbeiten beschäftigt. Einen fühlbaren Einfluß auf den Arbeitsmarkt übten diese Maßnahmen nicht aus. Nüchtriger war man nach der negativen Seite dadurch, daß man die Unterfühlungsleistungen der Arbeitslosenverschönerung, der Krisenfürsorge und Wohlfahrtsfürsorge herabsetzte, wie auch die Voraussetzungen für den Bezug dieser Unterfühlungsleistungen verschlechterte. Eine Herabminderung der Arbeitslosigkeit konnte selbstverständlich auf diese Weise nicht erreicht werden. Der Erfolg war lediglich eine finanzielle Entlastung des Reiches auf Kosten der Gemeinden sowie eine Verschlechterung der Lage der Erwerbslosen. Ein erheblicher Teil von ihnen ging seines Anspruchs auf Unterstützung verlustig und blieb seinem Schicksal überlassen. Was aus ihnen wird, danach fragt man nicht. Verkommen sie, so stehen ja schließlich der herrschenden Gesellschaft Polizei, Gerichte, Gefängnisse und Zuchthäuser zur Verfügung!

Diese wirtschaftspolitische Indolenz erschien unbegreiflich, wenn sie nicht für die kapitalistische Wirtschaftsordnung allen Fragen gegenüber typisch wäre, die soziale Probleme und die Arbeiterfrage berühren. Entweder ignoriert man sie, oder gibt sich nur notgedrungen, einem unabweisbaren Zwange folgend, mit ihnen ab. Die Entwicklung des geschickten Arbeitsschutzes, des Arbeitsrechts, der sozialen Versicherung und der sozialen Wohlfahrtsfürsorge weist hierüber zahlreiche, wenig erbauliche, aber sehr lehrreiche Beispiele auf. Wo es sich dagegen um die Interessen der besitzenden Klassen, der Unternehmer und Großagrarien, handelt, ist man stets sehr schnell mit wirtschaftspolitischen Aktionen bei der Hand, selbst wenn nur eingebildete, vorgeschützte oder selbstverschuldete Notstände in Betracht kommen. Es genügt hierfür, auf die bürgerliche Schutzpolizei, Subventions- und Liebesgabenpolitik zu verweisen, durch die dem arbeitenden Volk Milliardenlasten auferlegt werden. In solchen Fällen hört und sieht man nichts davon, daß die hierzu erforderlichen Mittel fehlen. Sie werden unter allen Umständen beschafft.

Es besteht kein Zweifel darüber: würde die Arbeitslosigkeit den kapitalistischen Unternehmern oder den Großagrarien besondere Unannehmlichkeiten und Nachteile zufügen, so wären längst umfassende Maßnahmen eingeleitet, sie einzudämmen und zu beseitigen. Dessen bedarf es jedoch nicht, da anscheinend nur die Arbeiter von der Arbeitslosigkeit berührt und benachteiligt werden. Das ist zwar

faßlich! Diesen Irrtum einzusehen reicht aber auf kapitalistischer Seite das wirtschaftspolitische Verständnis nicht aus. Sind doch für die Unternehmer auch Vorteile insofern damit verbunden, als die Arbeitslosigkeit die Herabsetzung der Löhne sowie die Verschlechterung der Arbeitsbedingungen gestaltet. Das genügt, die Arbeitslosigkeit als ein unvermeidbares Übel anzusehen und sich darauf zu beschränken, die Inanspruchnahme öffentlicher Mittel zu ihrer Bekämpfung sowie Unterstützung der Arbeitslosen in möglichst engen Grenzen zu halten. Ist man doch aus dem Verlauf früherer Krisen gewöhnt, daß mit der Wiederkehr besserer wirtschaftlicher Verhältnisse die Arbeitslosigkeit von selbst herabgeht und verschwindet. Dieser Fatalismus erstreckt sich übrigens nicht nur auf die Unternehmer, sondern ist in den weitesten Kreisen verbreitet, weshalb aus ihm die stärksten Hemmungen für den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit entstehen. Er entspringt dem menschlichen Glauben, daß man die Wirtschaft in ihrer Entwicklung nicht stören dürfe und sich alles von selbst regeln werde.

Wie wenig berechtigt diese Auffassung und der damit verbundene Fatalismus ist, geht aus der langen Dauer der Krise mit ihrem ständigen Steigen der Arbeitslosenziffern hervor. Die wirtschaftspolitische Ungeheuerlichkeit, daß ein Drittel der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft aus dem Produktionsprozeß ausgeschieden ist und durch die Arbeit der noch in Beschäftigung stehenden, zum erheblichen Teile bei verkürzter Arbeitszeit tätigen Arbeiter ohne wirtschaftliche Gegenleistung unterhalten werden muß, hat anscheinend ihren Höhepunkt noch nicht erreicht. Wohl wird vielleicht in den nächsten Wochen unter dem Einfluß der wärmeren Jahreszeit und der Aufnahme der landwirtschaftlichen Tätigkeit die Arbeitslosigkeit etwas zurückgehen. Sofern sich aber die wirtschaftliche Lage nicht verändert, kann dieser Rückgang nur ein geringer und nur sehr vorübergehender sein, dem in kurzer Zeit eine neue Zunahme der Arbeitslosen folgen muß. Wohin werden wir dann kommen? Was wird die Folge sein?

Es wäre eine verhängnisvolle Selbsttäuschung, anzunehmen, daß sich dieser so verhängnisvolle Zustand ohne besondere Gefahren für Staat und Wirtschaft fortsetzt. Mit einem derart harmlosen Verlauf der Dinge ist nicht zu rechnen! Die steigende Radikalisierung breiter Volksschichten zeigt, was droht! Tritt keine Änderung der wirtschaftlichen Verhältnisse im Sinne einer Wiederbelebung der Wirtschaft ein, so ereignet eine Explosion der herrschenden Unzufriedenheit als unausbleiblich. Deshalb ist es ein dringendes Gebot wirtschaftspolitischer Einsicht, endlich das Arbeitslosenproblem in Angriff zu nehmen und es einer Lösung entgegenzuführen. Die bisherige wirtschaftspolitische Indolenz muß abgebrochen und der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit umfassend und energisch aufgenommen werden.

Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise zu beseitigen, werden die Kräfte des deutschen Volkes selbstverständlich nicht aus. Dennoch wäre es verfehlt, die Hände in den Schoß zu legen und abzuwarten, bis die außenpolitischen Bestrebungen der Reichsregierung eine dahingehende Verständigung der von der Krise betroffenen Nationen erreicht haben. Wir müssen aus eigener Initiative eine Besserung anstreben, soweit solche möglichst ist. Von den Gewerkschaften sind in dieser Richtung geeignete Vorschläge gemacht worden, die auf eine Verkürzung der Arbeitszeit und auf Arbeitsbeschaffung hinauslaufen. Was von ihnen und der Sozialdemokratie gefordert wird, kann nicht als wirtschaftsfeindlich und undurchführbar bezeichnet werden. Wohl wird die Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Wochenstunden bei der gegenwärtigen Wirtschaftslage kaum mehr ausreichen. Dennoch würde ihre Durchführung eine fühlbare Entlastung des Arbeitsmarktes bedeuten.

Unmittelbar nach dem Kriege, bei Durchführung der Demobilisierung, ist man sehr viel weiter gegangen. Damals hatte man den Ernst der Situation erfaßt und die Arbeitszeit bis auf 24 Wochenstunden herabgesetzt, um die aus dem Heer Entlassenen in Arbeit zu bringen. Selbst die Unternehmer lehnten dieser Arbeitszeitfestsetzung keinen Widerstand entgegen. Sie wußten sehr wohl warum! Heute haben die wirtschaftlichen Verhältnisse eine gleich kritische und für die Aufrechterhaltung der Wirtschaft gefährliche Gestalt angenommen, was außerordentliche Maßnahmen rechtfertigt. Das gleiche trifft für die Notwendigkeit einer umfassenden Arbeitsbeschaffung zu. Es fehlt nicht an wichtigen und notwendigen öffentlichen Aufgaben, zu deren Erfüllung die Mittel beschafft werden können, wenn

der dazu erforderliche Wille vorhanden ist! Die bisher angewendete wirtschaftspolitische Stümperei, die sich in zweck- und erfolglosen Experimenten an den Folgen der Arbeitslosigkeit erschöpft, muß aufhören! Millionen Arbeitslose schreien seit Jahren nach Arbeit und sind es müde, sich weiter als Ausgeflohene, als rechtlose Parasiten behandeln und mit unzulänglichen Unterfühlungen abfinden zu lassen, durch die sie zum großen Teil als Almosenempfänger gestempelt werden. Sie fordern ihr Recht auf Arbeit, das ihnen nicht länger vorenthalten werden darf!

Unfähigkeit und Schuld

Wie den Lesern des „Korr.“ schon aus früheren Informationen bekannt geworden ist, gibt es an der Universität Gießen einen Professor Dr. Horneffer, der von Zeit zu Zeit der Arbeiterfrage besonders naive Ratsschlüsse erteilen zu müssen glaubt. Wahrscheinlich mehr unwillkürlich als freiwillig. Denn es ist schlechterdings unfassbar, daß ein „Wissenschaftler“ solche „tiefgründigen Weisheiten“, wie sie jetzt einmal wieder in die Öffentlichkeit drangen, aus reinem wissenschaftlichen Wahrheitsdrang von sich gibt. Eins ist sicher: die kapitalistischen Unternehmer werden jedesmal sehr zufrieden mit dem Professor Horneffer sein, wenn er sich hören läßt. Ist es doch ihr ältester Trick, ihre Ausbeutungsabsichten hinter Gründen der wissenschaftlichen Notwendigkeit und Unvermeidbarkeit zu verdecken. Und dann braucht der deutsche Spießbürger ja bekanntlich für alles eine „Autorität“. Und Titel bedeuten leider immer noch in erster Linie für ihn eine autoritative Sicherheit.

Neuerdings legte Professor Horneffer der Arbeiterfrage nahe, nicht zu sehr auf das Reale im Lohn zu sehen, sondern mehr auf das Ideale. Eine dreifache Zumutung. So sehr die Arbeiterfrage selbstverständlich den Wunsch und das Bedürfnis hat, neben den realen Seiten des beruflichen Lebens auch die idealen zu sehen und, wenn irgend möglich, zu verwirklichen, es muß zuerst die Lebenshaltung menschen- und kulturwürdig besprochen werden. Und davon ist die übergroße Mehrheit der Arbeiter noch weit entfernt. Wenn man zum Arbeiter von Idealen des Lebens sprechen will, dann kann und darf es nur in der Weise geschehen, daß er dadurch ausgerüstet und angefeuert wird, für seine wirtschaftliche, soziale und kulturelle Verbesserung innerhalb der Gesellschaft zu kämpfen. Professor Horneffer aber beschäftigt das gerade Gegenteil. Er will einflößen, etwas vorzutäuschen, was nicht da ist, um so eine ungedungene, lächerliche Zufriedenheit im Arbeiterlager zu erzeugen. Das könnte den Unternehmern so passen. Die Arbeiterfrage kann gar nicht wagt und rege genug, gar nicht mißtrauisch und kampfbereit genug sein in der heutigen Zeit, wo mit allen, aber auch wirklich allen Mitteln gegen die sehr berechtigten und notwendigen Bestrebungen der Gewerkschaften angeknüpft wird. Heute, wo in steigendem Maße maschinell, motorisch, automatisch gearbeitet wird, sollte man wirklich nicht die Stirn haben, von einem idealen Arbeitslohn im Gegensatz zum realen Lohn zu sprechen. Das Ideale fehlt leider Gottes dem Gegenwartsleben ganz allgemein in erschreckendem Maße. Die Wege zum Ideale müssen immer mehr außerhalb der Massenarbeit, in der die meisten Arbeiter stehen, gesucht werden: in Haus und Heim und Familie, in anregender Selbstbetätigung, in Bildungsbestrebungen, Kunstpflege, Sport und Körperpflege usw.

Aber so etwas auch nur zu äußern, muß einem Professor Horneffer wohl geradezu vermerken und anmaßend erscheinen. Denn so wie er über den Arbeiter denkt, ist es denn doch wohl selbst; wenigstens hat wohl fast jeder, der vielleicht noch ähnlich so denkt, so viel Takt, es nicht brutal der Öffentlichkeit mitzuteilen. Oder liegt diese Klüffelschicht, diese herausfordernde Selbstüberhebung auf der einen Seite und Herabsetzung des Arbeiters als Glied der bürgerlichen Gesellschaft auf der anderen daran, daß man schon die Diktaturgewalt der Faschisten vorausahnt oder doch vielleicht erhofft? Und welcher Widerspruch in den Hornefferschen Gedanken! Seine redet er den Arbeitern vor, daß ihr Lohn ideale Bestandteile enthält, und morgen sagt er folgendes: „Ich behaupte, daß die wirtschaftliche Lage der Arbeiter grundsätzlich im wesentlichen, im großen und ganzen, sich überhaupt nicht ändern läßt. Daß die Arbeiter mit dieser ihrer wirtschaftlichen Lage, das heißt, mit dem Lohnsatz, der nur eben ihr Leben fristet, mit dem sie nur die allernotwendigsten, dringlichsten, unentbehrlichsten Lebensbedürfnisse decken können, ein für allemal abfinden

die Wertparlassen in Einrichtungen mit selbständiger Rechtsprechung...

Kurze politische Zeitnotizen. Der Vorstand der Deutschen Sozialpartei ruft die bürgerlichen Mittelparteien anlässlich der bevorstehenden Wahlen zu einer Aktion...

Patentanschau

Zusammengestellt vom Patentingenieur Gustav Weber, Hattenburger Hofenwall 8...

- List of patent entries with details like 'Einrichtung zur Patentanmeldungen', 'Verfahren zur Patentanmeldungen', etc.

Weschiedene Eingänge

Der graphische Betrieb. Monatschrift für Maschinen- und Betriebswissenschaft...

geben, das Verfahren die darbe ufm. kennenzulernen. Die Ausdrücke über die Jurisdiction von Autopiloten...

Verlag des Deutschen Buchgewerkschaftsvereins am Leipziger Platz 10, Jahrgang 20...

„Der Wahre Jakob.“ Illustrierte Zeitschrift für Satire, Humor und Unterhaltung...

Gestorben

- List of obituaries: In Bremen am 8. Februar der Sebrerinvalid...

Briefkasten

G. H. in P. und M. H. in S.: Da man auch ohne parteipolitische Scheufragen in dieser Frage...

Verbandsnachrichten

Verbandsbüro: Berlin SW 61, Dreilindstraße 5. Fernruf: 111 320...

Statistikeramt einfinden! Zentrale Vorkaufsstelle für Februar 8. März...

Adressänderungen

Kottbus, (L.) Verhänder: Felix Grim, Berliner Straße 2...

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beigeigte Adresse): In Basel (Schweiz) der Drucker Johann...

Heise- und Arbeiterlosenunterstützung

Hauptverwaltung. Die Beiratsmitglieder erhalten in den nächsten Tagen eine Sendung von Reiselegitimationen...

Veranstaltungskalender

- Kuerbads-Jahresfeier. Versammlung Sonntag, den 5. März...

Aus dem Inhalt der vorliegenden Nummer 18

(2. März 1932) Artikel: Wirtschaftspolitische Stimmung. Unfähigkeit...

Anzeigenpreise: 15 Pf. die siebengefaltene Millimeterhöhe für Stellengesuche...

Anzeigen

Annahmeschluss: Montag und Donnerstag früh für die jeweilig nachfolgende Nummer...

SPART BANK DER ARBEITER, ANGESTELLTEN UND BEAMTEN. Zentrale: Berlin S 14, Wallstr. 65. Includes logo and address details.

Grid of advertisements for various services: Maschinenbänder, Fästen und Regale, Schließplatten Handwalzen, Emil Kafetat, Hermann Jeneiel, Franz Conradt, Heinrich Schmes, Heinrich Bollig, Heinrich Reichert, Gewerkschaftsmitglied.

Verlag: Treuhänderverwaltung des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, O. M. B. G., Berlin SW 61, Dreilindstraße 5...